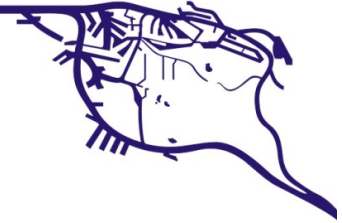


Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg e.V.

Verein zur Entwicklung der Elbinseln im Herzen Hamburgs



Wir fordern:

1. am Standort Groß-Sand – mit neuer Trägerschaft – ein neues Krankenhaus mit Basischirurgie, Notfallambulanz und Intensivstation zu realisieren.

Auch nach den neuen Gesetzen zur Gesundheitsreform sind Krankenhäuser zur Sicherstellung der regionalen Basis- und Notfallversorgung vorgesehen (teilweise als „level 1n- Krankenhaus“ bezeichnet)

Im Sinne einer verantwortungsvollen Sicherstellung der regionalen Notfallversorgung ist dieser 2. Standort im Hamburger Süden unverzichtbar – im Verbund und als Redundanz mit der Asklepios-Klinik in Harburg. Eine angedachte sog. „Stadtteilklinik“ ohne Notfallversorgung ist dafür nicht ausreichend oder geeignet.

2. auf dieser Grundlage das bisher modellhafte StatAMed-Projekt zukunftsfähig weiter zu entwickeln.

3. auf dieser Grundlage auch das vorhandene MVZ am Groß-Sand interdisziplinär auszubauen. Z.B. mit Chirurgie, mit einem interdisziplinären Zentrum für Schmerztherapie, mit Psychotherapie, mit psychosozialer Beratung etc.

4. Sollte es bis Mitte 2026 nicht gelingen, die Liegenschaft Groß-Sand in städtisches Eigentum zu überführen, müssen Standortalternativen in Wilhelmsburg geprüft und kurzfristig umgesetzt werden.

5. für die zwischenzeitliche Notfallversorgung die Notfallambulanz unverzüglich wieder zu reaktivieren. Die zuständige Behörde muss hier ihre Verantwortung wahrnehmen und eine unmittelbare Übergangs-Trägerschaft organisieren. Wie auch immer.

6. erneute Verhandlungen über eine zukünftige Trägerschaft mit den vom Erzbistum vergraulten Interessenten aufzunehmen. Namentlich Albertinen und St. Franziskus aus Münster. Dazu die Stiftung Alsterdorf, die großes Interesse an dem Standort bekundet hatte.

7. Gewinn orientierte Kapitalgesellschaften für eine Trägerschaft auszuschließen, sowohl für das neue Krankenhaus als auch für ein zukünftiges MVZ. Öffentliche Träger oder auf Gemeinwohl orientierte Träger kommen dagegen in Frage.

8. ein Konzept zur Einbindung der Bürgerinnen und Bürger mit einem Patientenbeirat oder mit einem Gesundheitsdialog vorzulegen.

Stand: 25. 3. 2026